

WB-FU-01 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Tagesordnungspunkt: WB.WB-FU Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

1 Die Zahl der Menschen auf der Flucht wächst von Jahr zu Jahr. Weltweit sind über 60
2 Millionen Menschen auf der Suche nach Schutz für sich und ihre Familien. Menschen fliehen
3 vor Krieg, politischer Vertreibung und Gewalt, immer häufiger auch vor den Folgen der
4 Klimakrise und Umweltzerstörung. Wir erleben die große Herausforderung der Fluchtbewegung an
5 den Grenzen Europas genauso wie hierzulande. Doch die meisten Menschen fliehen in Regionen
6 nahe ihrer Heimat, in der Hoffnung, zurückkehren zu können.

7
8 Aber Flucht ist etwas anderes als Einwanderung. Menschen sind schon immer gewandert.
9 Menschen auf der Flucht brauchen Sicherheit und unsere Hilfe. Für Menschen, die aus freien
10 Stücken in Deutschland leben und arbeiten möchten, braucht es Regeln wie ein
11 Einwanderungsgesetz (à Kapitel: Wir gestalten unser Einwanderungsland).

12 Unser Land hat in einer Zeit, wo andere Staaten sich weggeduckt haben, vielen Menschen
13 Zuflucht geboten. Wo einige tausende gegen Flüchtlinge gehetzt haben, haben Millionen
14 Menschen geholfen und dadurch gezeigt, wie stark die Zivilgesellschaft in Deutschland ist.
15 Auch die Mitarbeitenden in Verwaltungen und Institutionen sind über sich hinausgewachsen.
16 Viele Menschen in Deutschland haben selbst eine Fluchtgeschichte oder kennen die ihrer
17 Eltern und Großeltern nur zu gut.

18 Die deutsche Bundesregierung hat zuerst mit großer Humanität reagiert. Dafür hatte sie
19 unsere Unterstützung. Doch leider hat sie sich von dieser Politik abgewendet. Das Asylrecht
20 hat sie massiv verschärft, und zusammen mit anderen europäischen Regierungen betreibt sie
21 die Abschottung Europas. Während Trump plant, eine Mauer zu bauen, versteckt sich Europa
22 mittlerweile hinter Zäunen und Stacheldraht. Diese Abschottung ist nicht nur unmenschlich.
23 Sie verschärft auch auf Dauer die Probleme.

24 Wir wollen nicht zurück zur Situation des Jahres 2015. In der die Mitarbeiterinnen und
25 Mitarbeiter der Kommunen an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit waren, in dem tausende
26 Flüchtlinge nicht wussten, wo nun ihre neue Heimat ist, in dem mancher Flüchtling fünfmal
27 und andere gar nicht registriert wurden. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir
28 wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht jeder, der
29 zu uns kommt, bleiben kann.

30 Das Asylrecht der Bundesrepublik ist eines der liberalsten der Welt - auch als Lehre aus der
31 deutschen Geschichte. Das Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen verteidigen. Das
32 Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Wir lassen nicht zu, dass sich Europa
33 seiner Probleme entledigt, indem es Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt.
34 Denn für uns ist eines klar: Flüchtlinge sind keine Ströme, Lawinen oder Wellen, es sind
35 Menschen. Menschen wie wir, mit Hoffnungen und Sorgen, mit Kindern und Familien, aber einem
36 Schicksal, das es weniger gut mit ihnen meinte als mit uns.

37 Wir wollen eine aktive Flüchtlingspolitik betreiben, die für Menschen auf der Flucht sichere
38 Wege schafft, Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführt, damit lange

39 Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben, und diejenigen, die in Deutschland bleiben, gut
40 integriert.

41 **Unser Plan für eine aktive Flüchtlingspolitik**

42 Für uns besteht eine Flüchtlingspolitik aus vier Schritten. Erstens machen wir ernst mit der
43 Bekämpfung von Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist eine, die Flucht unnötig
44 macht.

45 Zweitens sorgen wir durch legale Wege dafür, dass Flüchtlinge nicht länger ihr Leben in die
46 Hände krimineller Schlepperbanden legen müssen. Dafür wollen wir zum einen großzügige
47 Kontingente schaffen, die Flüchtlingen direkt aus den Flüchtlingslagern in den
48 Anrainerstaaten die legale Flucht nach Europa ermöglichen.

49 Der dritte, entscheidende Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich einwandfreie
50 Verfahren. Es muss schnell Klarheit darüber geschaffen werden, ob ein Asylantrag anerkannt
51 wird oder nicht. Erstversorgung und Unterbringung bis zur Verteilung sowie die
52 Identifizierung, die Registrierung und die Weiterverteilung der Schutzsuchenden auf die
53 Mitgliedstaaten sollten nach Möglichkeit bereits in den europäischen Hot Spots durchgeführt
54 werden. Hot Spots dürfen keine Flüchtlingslager werden. In ihnen muss eine menschenwürdige
55 Unterbringung gewährleistet werden, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse von
56 Kranken und Kindern. Mit schnellen Verfahren und schneller Rückkehr können wir am Ehesten
57 verhindern, dass sich Menschen ohne Aussicht darauf in Deutschland bleiben zu können, auf
58 den Weg machen. Bei denen, die nicht bleiben können, hat für uns die Förderung der
59 freiwilligen Rückkehr den Vorrang vor Abschiebungen. Inakzeptabel sind dabei für uns
60 Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen wie Afghanistan und Sammelabschiebungen, bei
61 denen das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt.

62 Viertens werden wir diejenigen, die bleiben, gut aufnehmen und tatkräftig dabei
63 unterstützen, unsere Sprache zu lernen, eine Wohnung und eine Arbeit zu finden, um
64 schließlich hier eine neue Heimat finden zu können.

65 **Fluchtursachen bekämpfen**

66 Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre
67 Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, Perspektiven vor Ort zu
68 schaffen. Dazu muss Europa mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege in seiner
69 Nachbarschaft beitragen. Europa muss intensiver als bisher an einer Friedenslösung für
70 Syrien arbeiten, damit Menschen dort wieder eine Lebensperspektive haben. Humanitäre Hilfe
71 gehört unmittelbar dazu. Vor allem aber gilt: Ebenso wichtig wie Leid zu lindern ist es,
72 Leid zu verhindern. Zivile Krisenprävention muss daher ein zentrales Feld grüner
73 Außenpolitik bleiben.

74 Flucht hat ihre Ursachen auch in globaler Ungerechtigkeit, Korruption und schlechten
75 Lebensbedingungen aufgrund der Klimaerhitzung. Insbesondere in afrikanischen Ländern sind
76 die Auswirkungen der globalen Erhitzung drastisch. In einer solchen Situation können wir es
77 uns nicht leisten, weniger als die vereinbarten 0,7 Prozent des Bundeshaushaltes für
78 Entwicklungshilfe auszugeben. Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung
79 von Entwicklungshilfegeldern droht, verstärkt die Gründe von Flucht.

80 Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die deutsche
81 humanitäre Hilfe in einer krisenhaften Zeit wie dieser auf weit über eine Milliarde Euro
82 stabilisiert werden und UN-Hilfsorganisationen wie das World Food Programme brauchen zudem
83 eine dem Bedarf entsprechende stabile Finanzierung. Länder wie Jordanien, Türkei, Pakistan,
84 Libanon, Äthiopien oder Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Die
85 internationale Gemeinschaft darf diese Länder nicht im Stich lassen.

86 **Für eine menschliche und solidarische europäische Flüchtlingspolitik**

87 Alle europäischen Staaten müssen ihrer Verantwortung in Europa und der EU gerecht werden.
88 Europa hat in seiner langen Geschichte bewiesen, dass es mit den Folgen von Flucht und
89 Vertreibung umgehen und Menschen eine neue Heimat bieten kann. Eine menschliche
90 Flüchtlingspolitik muss die Beseitigung von Fluchtursachen, die Schaffung legaler Fluchtwege
91 nach Europa und die Seenotrettung im Fokus haben. Wir kämpfen für eine
92 menschenrechtskonforme und rechtsstaatliche EU-Flüchtlingspolitik, die sich durch einen
93 fairen Zugang zum Asylverfahren auszeichnet. Bei der Verteilung von Flüchtlingen zwischen
94 den Mitgliedstaaten der Union, durch die Grenzstaaten wie Italien und Griechenland entlastet
95 werden sollen, muss sowohl den Interessen der Aufnahmestaaten als auch denen der Flüchtlinge
96 Rechnung getragen werden. Wir wollen europaweit einheitlich gute Asylverfahren mit hohen
97 Standards implementieren. Dafür braucht es einen funktionierenden Verteilungsmechanismus und
98 mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten.

99 Nach unserem Verständnis der europäischen Werte und der Solidarität ist es Aufgabe aller 27
100 Mitgliedstaaten, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Bisher ist es ein großes Problem der
101 Flüchtlingspolitik, dass sich einige EU-Staaten dieser Solidarität verweigern. Für dieses
102 Dilemma gibt es kein Patentrezept. Wir glauben aber, dass wir etwas bewegen können, wenn
103 Deutschland an anderen Stellen der Europapolitik mehr auf die Bedürfnisse anderer
104 europäischer Staaten eingeht.

105 Zur Not kann das auch bedeuten, dass sich nur einzelne Staaten innerhalb der EU im Sinne
106 einer offenen Flüchtlingspolitik koordinieren - aber eine dauerhafte Lösung ist das nicht.
107 Die gegenwärtige Abschottungspolitik der EU und vieler nationaler Regierungen gegenüber
108 Flüchtlingen ist menschenrechtlich verheerend, beschädigt die europäische Wertegemeinschaft,
109 verstärkt nationale Egoismen und bietet in keiner Weise Lösungen für die Fluchtursachen. EU-
110 Länder, die sich einer aktiven Aufnahme und den Standards für die Versorgung und die
111 Verfahren der Flüchtlinge verweigern, müssen die finanziellen Aufwendungen der anderen
112 Mitgliedstaaten mit tragen.

113 Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei ist falsch. Er schirmt Europa nicht nur vor
114 Verantwortung, sondern Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Europa hat sich dadurch
115 gegenüber der Türkei erpressbar gemacht. Statt die Grenzen dicht zu machen, setzen wir auf
116 sichere Zugangswege nach Europa, etwa durch ein großzügiges EU-Kontingent bei der Aufnahme
117 von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei. Zudem müssen Deutschland und die EU ihre
118 humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei ausbauen.

119 Die falsche Politik des EU-Türkei-Deals darf keine Blaupause für neue Abkommen mit Staaten
120 in Afrika und dem Nahen Osten sein. Derzeit bemühen sich die europäischen Regierungen darum,
121 eine Reihe weiterer solcher Abkommen zu schließen und die Grenzen damit schon weit vor
122 Europa in Afrika und im Nahen Osten zu schließen. Wir Grünen sind hingegen der Überzeugung,
123 dass stärkere Wirtschaftsbeziehungen, Austauschprogramme und zivilgesellschaftliches
124 Engagement ein besseres Modell sind, um mit nordafrikanischen Staaten in eine
125 Dialogpartnerschaft zu treten und - wo nötig - auch bei der Rückkehrpolitik gegenüber
126 abgelehnten Asylbewerbern gemeinsame Lösungen zu finden.

127 **Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik für Deutschland**

128 Deutschland muss sich weiterhin seiner Verantwortung in der Flüchtlingspolitik stellen. Die
129 Bundesregierung hat die Entwicklung hoher Flüchtlingszahlen insbesondere aus Syrien viel zu
130 lange ignoriert und war insbesondere im Jahr 2015 an vielen Stellen überfordert. Ohne das
131 starke Engagement der Bürgerinnen und Bürger, von Kommunen und Vereinen wäre die Aufnahme
132 der vielen Bürgerkriegsflüchtlinge nicht möglich gewesen.

133 Im Herbst 2015 hatte Angela Merkel für die Aufnahme der Flüchtlinge unsere Unterstützung.
134 Mittlerweile hat ihre Regierung das Asylrecht beispiellos verschärft. Der Regierungspolitik
135 liegt der Irrglaube zu Grunde, dass ein unattraktives Asylrecht Flucht verhindert. Wir
136 halten auch die von der CDU/ CSU und SPD betriebene Ausweitung von „sicheren
137 Herkunftsstaaten“ für falsch. Unsichere Staaten lassen sich nicht per Gesetz für „sicher“
138 erklären. Gerade für Minderheiten wie Roma, LGBTIQ aber auch Oppositionelle oder
139 Journalistinnen und Journalisten sind viele Länder oft nicht sicher.

140 Wir Grünen stehen für die uneingeschränkte Bewahrung des individuellen Grund- und
141 Menschenrechts auf Asyl, das entspricht unserer Verantwortung in einer globalisierten Welt
142 und ist für uns ein Gebot der Menschlichkeit. Mit uns wird es deshalb keine Obergrenze
143 geben.

144 **Faire und rasche Verfahren**

145 Wir wollen Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführen, damit lange Wartezeiten
146 für Asylsuchende ein Ende haben. Aufnahmezentren in Baden-Württemberg und Thüringen zeigen
147 beispielhaft, wie es gelingt, zügige und gleichzeitig für die Flüchtlinge faire Verfahren zu
148 organisieren. Das wollen wir überall erreichen. Dafür haben wir das Fast & Fair-Verfahren
149 entwickelt. Der Antrag von Asylsuchenden soll beim Eintreffen in Deutschland sofort gestellt
150 und sofort bearbeitet werden. Um die Verfahren qualitativ weiterzuentwickeln und um allen
151 Asylantragstellerinnen und -antragsteller faire Verfahren zu ermöglichen, setzen wir darauf,
152 dass verpflichtend unabhängige Rechtsberatung von Anfang an stattfindet.

153 Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Anträge im Bundesamt für Migration und Flucht
154 länger als ein Jahr im Verfahren sind, sogenannte Altfälle, sollen künftig eine
155 Aufenthaltserlaubnis bekommen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass in asyl- und
156 aufenthaltsrechtlichen Verfahren das Kindeswohl vorrangig berücksichtigt und kinderbezogene
157 Fluchtgründe stärker anerkannt werden. Denn gerade die Lebenssituation der Kinder ist es,
158 die Familien oftmals veranlasst, ihrer Heimat den Rücken zu kehren.

159 **Die Integration von Flüchtlingen braucht gute Strukturen**

160 Für die Menschen, die hier Zuflucht finden, wollen wir ein Integrationsgesetz, das diesen
161 Namen auch verdient. Zugang zu Sprachkursen für alle von Beginn an eine möglichst dezentrale
162 Unterbringung von Geflüchteten und schneller Familiennachzug.

163 Menschen – insbesondere mit Kriegs- und Gewalterfahrungen – aufzunehmen ist eine
164 Herausforderung für Neuankommende und Einheimische. Jeden Tag leisten viele Haupt- und
165 Ehrenamtliche in unseren Kommunen Großartiges. Dieses Engagement muss flankiert werden von
166 mehr professioneller Hilfe im Bereich psychosozialer Betreuung von Flüchtlingen. Wir wollen
167 den Menschen das Ankommen erleichtern und ihnen unabhängig von Nationalität und
168 vermeintlicher Bleibeperspektive das Recht auf einen Integrationskurs geben. Der
169 Familiennachzug muss sofort wieder ermöglicht werden. Denn nur wer seine Nächsten in
170 Sicherheit und in seiner Nähe weiß, kann sich auf die neue Heimat mit aller Kraft einlassen.
171 Der grundgesetzlich garantierte, besondere Schutz gilt nicht nur für deutsche Familien.
172 Flüchtlinge werden oft schon allein durch ihre Wohnsituation ausgegrenzt. Deswegen brauchen
173 wir einen schnellen Wechsel von Massenunterkünften in Wohnungen und dafür ausreichend
174 bezahlbaren Wohnraum. Der kommt allen zugute, genauso wie eine Bildungsoffensive für mehr
175 gute Kindertagesstätten und Schulen. Menschen bringen nicht nur ihre Not, sondern auch ihre
176 Fähigkeiten und ihre Motivation mit, wenn sie bei uns Zuflucht suchen. Deswegen wollen wir
177 ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und großzügiger anerkennen, ein verlässliches
178 Bleiberecht während und nach der Ausbildung schaffen und die Vorrangprüfung abschaffen, nach
179 der deutsche Bewerberinnen und Bewerber bei Ausschreibungen bevorzugt werden müssen.
180 Außerdem wollen wir die Beschränkungen aussetzen, die für Geflüchtete bei der Leiharbeit

181 gelten. Geflüchtete Frauen können bisher zu wenig an den Angeboten der
182 Arbeitsmarktintegration teilhaben. Dafür wollen wir niedrigschwellige Angebote schaffen – im
183 Bereich der Sprach- und Integrationskurse, als auch bei den Arbeitsagenturen. Dabei muss
184 ausreichend Kinderbetreuung angeboten werden.

185 Wir setzen uns zudem für eine realitätstaugliche Bleiberechtsregelung und eine sichere
186 Zukunftsperspektive für geduldete Menschen ein. Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollen
187 Zugang zu Gesundheit und Bildung erhalten. Wohnsitzauflage und Residenzpflicht für
188 Flüchtlinge müssen wieder fallen. Das integrationsfeindliche Asylbewerberleistungsgesetz
189 wollen wir abschaffen und die Gesundheitskarte für alle Geflüchteten einführen. Dafür muss
190 der Bund den Ländern und Kommunen ausreichend Geld zur Verfügung stellen. In den grün
191 regierten Ländern haben wir die Kommunen nicht alleingelassen, sondern massiv unterstützt.
192 Frauen und Männer, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen wollen, müssen ein
193 eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht erhalten.

194 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

195

196 **Das Sterben beenden, sichere und legale Fluchtwege schaffen**

197 Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor Krieg und Not geben.
198 Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen
199 Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen wollen wir die
200 ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und Seenotrettungsprogramme wieder einführen. Neben
201 dem Asylrecht, das wir unangetastet lassen, werden wir ein großzügiges Aufnahmeprogramm (UN-
202 Resettlement) des Bundes auflegen. Baden-Württemberg ist hier mit einem Kontingent für vom
203 IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Wir setzen uns dafür ein, humanitäre Visa
204 einzuführen, die Menschen eine sichere Flucht ermöglichen.

205

206 **Familien zusammenführen**

207 Sorge und Angst um die Liebsten sowie jahrelange Trennung von Familienangehörigen sind
208 oftmals das größte Hindernis, in einer neuen Heimat anzukommen. Wir wollen deshalb die
209 grausame und für die Integration hinderliche Aussetzung des Familiennachzugs für Geflüchtete
210 wieder rückgängig machen. Auch für subsidiär geschützte Flüchtlinge wollen wir den
211 Familiennachzug ermöglichen. Außerdem werden wir mehr Personal an den deutschen Botschaften
212 einsetzen, um die Wartezeiten für Familienangehörigen-Visa zu verkürzen.

213

214 **Integration von Flüchtlingen anpacken, Kommunen besser ausstatten**

215 Viele der Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen, können in
216 absehbarer Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, ihnen
217 Perspektiven zu eröffnen. Die Grundlage dafür ist, dass sie schnellstmöglich an
218 Integrations- und Sprachkursen teilnehmen können - ohne Einschränkung durch den
219 Aufenthaltsstatus. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, wollen wir Ländern und Kommunen
220 ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie diese Herausforderungen gut
221 bewältigen können. Nur wenn Integration von allen Ebenen gleichermaßen getragen wird, kann
222 sie gelingen. Dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden.

223
